

E d g a r E i n e m a n n

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG AB 1830

Zusammengestellt nach der fünfzehnteiligen Ausgabe  
des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

Bremen, Mai/Juni 1974

G e s c h i c h t e d e r D e u t s c h e n A r b e i t e r -  
b e w e g u n g a b 1 8 3 0

I.

10 Voraussetzung für Geschichte der Arbeiterbewegung:

Übergang Feudalismus-Kapitalismus, Entstehung des Proletariats.

Wesentliches Moment war die Industrielle Revolution.

Es bildete sich die bürgerliche politische Ökonomie heraus (Smith, Ricardo) ebenso frühsozialistische Positionen (Saint-Simon, Fourier, Gall, Hess).

Aufschwung der Naturwissenschaften (Entdeckung der Zellenstruktur, der Erhaltung und Umwandlung der Energie, der Darwischen Entwicklungslehre).

Bürgerliche Revolutionen in Frankreich und England,

die Banker - u. Börsenbesitzer bzw. Industriekapitalisten an die Macht brachte. → selbständige Arbeiterbewegung

→ England: Trade Unions, Chartismus

→ Frankreich: Blanquismus

In Deutschland fand keine bürgerliche Revolution statt, Zersplitterung des Landes in Einzelstaaten (34) u. freie Städte (4). Kapitalisierung der Landwirtschaft, Aufschwung der Manufakturproduktion ab 1800 → Gründung des Deutschen Zollvereins 1834, (Nationalen Markt hergestellt)

Um 1830 gab es 450.000 freie nichtlandwirtschaftliche Arbeiter, viele hausindustrielle Manufakturarbeiter und viele Landarbeiter. Eine große Rolle spielten die Handwerksgesellen.

25

Die aufstrebende Bourgeoisie brauchte einen einheitlichen Staat als geschlossenes Wirtschaftsgebiet, mit einheitlichen Münze und voller Gewerbefreiheit.

Um 1840 springen besonders die rheinpreußischen Industriellen, Bankiers und Kaufleute ins Lager der liberalen Opposition über. Die Bourgeoisie wollte die Staatsverwaltung und die Gesetzgebung unter ihre Kontrolle bringen. → Bürgerliche Revolution 1848/49

Die Philosophen leisteten einen Beitrag zur geistigen Vorbereitung der bürgerlichen Revolution:

----- Kant, Fichte, Hegel, Feuerbach

28

1834 wird in Paris von proletarischen Handwerksgesellen und bürgerlichen Demokraten der Bund der Geächteten gegründet.

1836-1838 trennten sich die Handwerksgesellen von den Kleinbürgern und gründeten den Bund der Gerechten. Die programatische Erklärung erschien 1838 in Paris unter dem Titel: "Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte". Der Verfasser ist Wilhelm Weitling.

1839 beteidigte sich der Bund in Paris an einem blanquistischen Aufstand und wurde in die Niederlage verstrickt.

In London hatte der Bund bereits einen Arbeiterbildungsverein gegründet. Schapper, Bauer und Moll waren die Führer.

Der Bund sah die Notwendigkeit einer Revolution der Arbeitenden, dieses bedeutet gegenüber dem utopischen Sozialismus einen Fortschritt.

1844 (8. Juni) erhoben sich die schlesischen Weber gegen die Ausbeutung und konnten erst nach einem großen Truppeneinsatz niedergeschlagen werden. Die Weber hatten die Einrichtungen der Villen und die Maschinen der Fabrikanten zerstört.

Der selbständige Kampf der Arbeiter fand seinen Niederschlag in den Werken Heines, Freiligraths und Weerths.

---

Marx geb. 1818 in Trier  
Vater: Rechtsanwalt  
Studium- Philosophie u.  
Staatswirtschaft  
Doktor der Philosophie  
in Jena 1841

Engels geb. 1820 in Barmen  
Vater: Fabrikant Webereien  
vor dem Abitur abgegangen,  
kaufmännische Lehre in  
Bremen  
England - Aufenthalt

↙ ↘  
Mitarbeit bei Jungheglianern

ab 1842 mitarbeit an  
"Neue Rheinische Zeitung"  
1843 nach Paris

- 1844 treffen von Marx und Engels in Paris  
(Jahrbücher)
- 1845 gemeinsame Herausgabe der Schrift  
"Die heilige Familie"  
"Die Lage der arbeitenden Klasse in England"  
von Engels
- 1845 (ab) Marx wird aus Frankreich ausgewiesen  
Marx und Engels erarbeiten in Brüssel  
"Deutsche Ideologie"

Marx und Engels entwickelten den dialektischen u.  
historischen Materialismus und die Kritik der  
politischen Ökonomie. Sie hatten Kontakt zur  
Führung des Bundes der Gerechten.

- 
- 53 1846 wurde von Marx und Engels u.a. in Brüssel das  
Kommunistische Korrespondenz-Komitee gegründet.  
Das Komitee bekam Verbindung mit dem Bund der  
Gerechten, besonders den Zentren in Paris und  
London. Noch 1846 wurde in London ein KKK gegründet.  
Im Herbst 1846 wechselte die Leitung des Bundes der  
Gerechten nach London über.  
Marx und Engels führten harte Auseinandersetzungen  
mit Weitling und den Wahren Sozialisten.  
Im Januar 1847 traten Marx und Engels in den  
Bund der Gerechten ein.
- 58 Im Sommer 1847 brach eine Krise aus, die Bankrotte  
und Lohnsenkungen zur Folge hatte.  
Schon 1845/46 gab es nach Mißernten eine Hungersnot,  
die Demonstrationen wurden "im Blute erstickt".  
1847 kam es im April und Mai zu Hungerunruhen, die  
durch Militäreinsatz unterdrückt wurden.  
Juni/November 1847: Gründung des Bundes der  
Kommunisten auf zwei Kongressen in London.
- Im September wurde ein Statut beschlossen und ein  
Programm erarbeitet, daß 1848 als "Manifest der  
kommunistischen Partei" von Marx und Engels erschien.  
Der Bund war eine internationale Organisation mit  
maximal 500 Mitgliedern, zumeist Deutsche (Hand-  
werksgesellen).
- 66/ 84 (Die grundlegenden Erkenntnisse, die Marx und Engels  
im "Manifest" formuliert haben, werden dargestellt.)

85

1848

Großgrundbesitzer, Adel und Junker hatten die politische Macht, den Staatsapparat und das Militär in der Hand.

Deutschland war in viele kleine Staaten zersplittert.

Bourgeoisie, Kleinbürgertum, Bauern und Proletariat hatten ein Interesse an der Beseitigung des feudal-absolutistischen Machtverhältnisses und an der Herstellung eines bürgerlich - demokratischen Nationalstaates.

Die Bourgeoisie brauchte zur weiteren Entwicklung einen nationalen Markt und stärkeren Einfluß auf die Gesetzgebung (politische Macht).

93

### Die Deutsche Revolution von 1848

Nach der Pariser Revolution von Feb. 1848 kam es auch in Deutschland zu Aufständen. In Baden, Bayern, Hannover, Hessen, Sachsen und Württemberg gelang es den bewaffneten Massen (Feb./ März 1848) die alte Regierung zu stürzen. Sie bildeten liberale 'Märzministerien' und erkämpften sich die Versammlungs- und Redefreiheit, das Wahlrecht und die Abschaffung der Zensur.

Am 3. März wurde in Köln eine Demonstration von ca. 5000 Arbeitern und proletariéisierten Handwerkern durch brutale Gewalt des Militärs unterdrückt. Es war die erste große Massenkundgebung der deutschen Arbeiter in der Revolution. In den reaktionären Machtstaaten Preußen und Österreich (13.3. in Wien, 18.3. in Berlin) wurden in bewaffneten Barrikadenkämpfen die Reaktionäre und das Militär geschlagen. Trotzdem blieben die reaktionäre Beamtenschaft und die Armee in der Hand der Feudalklasse, auch die Junker besaßen noch riesige Güter.

Die Regierungsgewalt ging in die Hände der liberalen Bourgeoisie über, Camphausen wurde Ministerpräsident und Hansemann Finanzminister.

Die Bourgeoisie versuchte sich mit der Revolution zu arrangieren, um mit Hilfe des Staatsapparats die vorwärtstreibenden demokratischen Kräfte zu unterdrücken.

Die Arbeiterklasse hat in der Revolution eine bedeutende

Rolle gespielt. Sie begann sich ihrer Rolle und Stärke bewußt zuwenden und bekam erstmals die Möglichkeit, sich freier zu entfalten und § selbständig zu organisieren.

100

Die Zentralbehörde des Bundes der Kommunistischen Partei ruft auf, in die Revolution einzugreifen. Die Leitung des Bundes wurde an den Brüsseler Kreis übertragen, d.h., daß Marx und Engels unmittelbar die Führung übernahmen. Am 4. März wurden die Genossen aus Brüssel ausgewiesen. Sie gingen nach Paris, wo Ende März 1848 die

Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschl. herausgegeben wurden.

Die liberale Bourgeoisie schloß sich dem 'Heppenheimer Programm' von 1847 an. Sie wollte die allmähliche Ausbildung des von Preußen beherrschten Zollvereins zu einem 'Deutschen Verein'. Ziel war eine deutsche konstitutionelle Monarchie unter preußischer Führung und unter Ausschluß Österreichs. Das sollte in friedlicher Übereinkunft mit den feudalen Machthabern erreicht werden.

Die kleinbürgerlichen Kräfte hatten ein 1847 in Offenburger beschlossenes Programm, daß demokratische Rechte für das Volk (Pressefreiheit, Assoziationsfreiheit) und die Entwicklung einer förderativen Republik, nach schweizerischem Muster enthielt. Dadurch wäre die feudale Kleinstaaterei erhalten geblieben.

Die 17 Forderungen der Kommunisten sahen die Bildung eines deutschen Einheitsstaates, die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung der Privatbanken, der Transportmittel, sowie der Gruben und Bergwerke, die Volksbewaffnung und ein uneingeschränktes Wahlrecht vor.

Mit diesen Vorstellungen kehrten im April 1848 viele Arbeiter aus Paris nach Deutschland zurück.

107

Von der 2. Märzhälfte bis Ende Juni 1848 reichte die 'zweite Etappe der Revolution' in der die Auseinandersetzung zwischen Revolution und Konterrevolution an = dauerte.

Die Arbeiter kämpften gegen die Wahlrechtsbeschränkung (indirektes Wahlrecht, Wahlzensur) , bleiben aber trotz massenhafter Aktionen erfolglos.

Bei den Wahlen Anfang Mai gaben viele wahlberechtigte Arbeiter im Sinne des Bundes der Kommunisten den demokratischen Kandidaten ihre Stimme.

Am 18. Mai trat die aus den Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung in Frankfurt und am 22.5. die preußische verfassungsgebende Versammlung in Berlin zusammen. Die Mehrheit der Abgeordneten waren bürgerliche Liberale, die primär eine Übereinkunft mit der Reaktion erreichen wollten. So gab es keinen Schritt zur Herstellung der Volkssouveränität, sondern den Auftrag, eine Verfassung auszuarbeiten und mit der Krone zu 'vereinbaren'.

Am 14. Juni 1848 stürmten Berliner Arbeiter das Zeughaus, um die geforderte Volksbewaffnung durchzusetzen. Die Aktion wurde von den preußischen Truppen niedergeschlagen. In den großen Städten und auf dem Land kam es zu zahlreichen Streiks.

111

An der Spitze der Streikbewegung in den Städten standen die Handwerksleute.

Es wurden die ersten lokalen Gewerksvereine gegründet. Mitte Juni entstand ein nationaler Verband der Druckereiarbeiter, Anfang September einer der Zigarrenarbeiter.

Seit Ende März werden neben den demokratischen Vereinen gesonderte Arbeiterorganisationen gegründet, an deren Spitze aber meist Kleinbürgerliche Demokraten stehen.

~~AN DER SPITZE~~

Die Kraft des Bundes der Kommunisten reichte nicht aus, um eine Bundesorganisation herzustellen. Darum wurde versucht, politische Arbeitervereine zu bilden. Im April 1848 blieb der Versuch der zentralen Organisation der Arbeitervereine erfolglos, der Aufbau einer KP war unmöglich (fehlende Reife der Arbeiterbewegung).

117 Marx und Engels entschlossen sich zum Anschluß an die Demokratische Partei "als dem einzig möglichen Mittel, das Ohr der Arbeiterklasse zu gewinnen" (Engels). Dazu brauchten sie aber eine feste selbständige Position innerhalb der demokratischen Bewegung, die sie sich in Gestalt eines eigenen Organs, der 'Neuen Rheinischen Zeitung' schafften.

Die 'Neue Rheinische Zeitung' erschien am 1.6.1848 als erste Tageszeitung der deutschen Arbeiterklasse.

Chefredakteur war Marx, Stellvertreter Engels, Redaktionssekretär Wilhelm Wolff.

Die Zeitung arbeitete gegen die feudale Konterrevolution, gegen den Verrat der Bourgeoisie an der Revolution, der Bauern und der Nachbarvölker. Sie unterstützte revolutionäre Bewegungen in anderen Ländern. Das Kleinbürgertum wurde zwar als Bündnispartner begriffen, dessen praktisches Versagen (Zeughaussturm) und theoretische Fehler (förderatives Deutschland) jedoch kritisiert.

Die NRZ erreichte im Laufe eines Jahres die Zahl von 6000 Abonnenten.

131 Mitte 1848 trat in der gesamten europäischen Bewegung eine Wende zugunsten der konterrevolutionären Kräfte ein.

In England erlitt eine von den Chartisten vorbereitete Massendemonstration eine vollständige Niederlage. In Posen, Prag, Italien und Paris wurden Volksbewegungen niedergeschlagen.

133 In Deutschland begann die dritte Etappe der Revolution (Ende Juni bis Anfang Dezember 1848). Die Konterrevolution ging allmählich zum Angriff über. In Scheidnitz wurde Ende Juli 1848 die Bürgerwehr niedergeschlagen.

Marx und Engels traten der demokratischen Gesellschaft in Köln bei, die Mitglieder des Bundes der Kommunisten beteidigten sich am ersten Demokratenkongreß in Frankfurt.

Vom 23. August bis zum 3. September 1848 tagte in Berlin ein Arbeiterkongreß, der eine gesamt-nationale Arbeiterverbrüderung, eine Zusammenfassung der lokalen Arbeiterorganisationen, gründete. Der Verbrüderung gehörten bald über 100 Vereine an. Die meisten Arbeitervereine standen unter kleinbürgerlicher Führung und waren ökonomistisch orientiert, d.h. die wirtschaftliche und soziale Lage stand im Mittelpunkt des Interesses. Diese Diskussionen waren aber ein großer Fortschritt, weil sich zum erstenmal Massen von Arbeitern mit ihren unmittelbaren Bedürfnissen selbständig befassten. Stephan Born stellte das Ziel, über Produktionsassoziationen die Privatbetriebe niederzukonkurrenzieren und so den Kapitalismus zu überwinden.

Durch die Vorgänge in den Parlamenten (Berlin und Frankfurt) wurde die Septemberkrise ausgelöst.

141

In Berlin weigerte sich die Krone, einem Parlamentsbeschuß auf Entlassung von reaktionären Offizieren aus der Armee nachzukommen.

Die preußische Regierung und schließlich auch die Frankfurter Nationalversammlung ließen die nationalrevolutionäre Bewegung (Schleswig-Holstein) gegen Dänemark im Stich.

In Köln demonstrierten erst 6000, später 10.000 Menschen und in Frankfurt sprachen ~~zwei~~ 20.000 Teilnehmer dem Parlament das Mißtrauen aus. Die liberale Parlamentsmehrheit suchte Zuflucht bei der Konterrevolution. Die herbeigerufenen Truppen konnten nur durch Einsatz von Artillerie die Barrikade erobern.

In Baden und Sachsen wurden Aufstände niedergeschlagen. Vom 26.9. bis zum 3.10. wurde über Köln der Belagerungs-zustand verhängt und Haftbefehle gegen Engels, W. Wolff, Schapper, Moll u.a. erlassen.

In Wien verteidigten die revolutionären Kräfte vom 23. bis 31. Oktober 1848 die Stadt gegen 100.000 konterrevolutionäre Soldaten, konnte aber eine Niederlage nicht vermeiden.

Im November beauftragte der König Friedrich Wilhelm den Grafen von Brandenburg mit der Bildung eines offenen reaktionären Ministeriums. Über Berlin wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Volksbewegung in ganz Deutschland wurde niedergeschlagen, die konstituierende Versammlung verjagt.

147

Am 5. Dezember 1848 wurde eine Verfassung durch den preußischen König oktroyiert.

Damit hatte sich die Konterrevolution in den beiden wichtigsten deutschen Staaten durchgesetzt und die im März verlorene politische Position zurückerobert. Die liberale Bourgeoisie wurde aus ihrer Position vertrieben, ohne etwas dagegen zutun. (vierte und letzte Etappe der Revolution)

Der König war aber gezwungen, in der Verfassung die Vereinigungs- und Pressefreiheit nicht völlig abzuschaffen und den Bauern einen Ablösungserlaß zuzugestehen.

Obwohl sich der allgemeine Zustand der Arbeiterklasse wenig verändert hatte, wurden zahlreiche neue Arbeitervereine gegründet. Viele regionale Versammlungen forderten die Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterbundes als politische Organisation der Arbeiterklasse. Diese Bewußtseinsbildung war erst durch das Versagen der Linken im Parlament und der Unfähigkeit der Demokratischen Gesellschaft in der Revolution möglich.

In der NRZ erschien von Marx die Artikelserie 'Lohn = arbeit und Kapital'. Der für Juni 1849 einberufene nationale Arbeiterkongreß konnte in folge des Sieges der Konterrevolution nicht mehr stattfinden.

165

Die Frankfurter Nationalversammlung hatte am 28.3. 1849 eine Reichsverfassung angenommen. Sie verlangte stärkere Zentralisation, ein Kleindeutsches erbliches Kaiserreich unter preußischer Führung und unter Ausschluß Österreichs. Die Einzelstaaten sollten bei Einschränkung ihrer Rollen weiterbestehen. König Friedrich Wilhelm IV. lehnte die Verfassung strikt ab. Das Kleinbürgertum und die Arbeiterklasse entwickelten eine Reichsverfassungskampagne, aber die Barrikadenkämpfe von Dresden und Ebersfeld endeten mit dem Sieg der konterrevolutionären Truppen. Marx wurde ausgewiesen, gegen die anderen NRZ-Redakteure lagen Verhaftungsdrohungen vor. Am 19. Mai 1849 erschien die letzte NRZ, Marx und Engels verließen Köln und gingen nach Baden. Dort und in der Pfalz war die gesamte Armee auf die Seite der Revolution übergegangen. Das Volk hatte Anfang Mai die reaktionären Kräfte verjagt. Am 12. JUNI fiel das preußische Heer über Süddeutschland her. Marx war schon vorher nach Paris gegangen, Engels blieb bei den 13.000 Revolutionärssoldaten, denen 60.000 Preußen gegenüberstanden. Am 23. Juni 1849 fiel die letzte revolutionäre Festung Rastatt, die Revolution endete mit einer Niederlage.

162

Ursache für die Niederlage waren die Zerrissenheit des Landes, die relative Schwäche der Arbeiterbewegung und der Verzehr der Bourgeoisie. Die erkämpften bürgerlichen Rechte und Freiheiten wurden nahezu restlos beseitigt. Die am 5. 12. oktroyierte Verfassung wurde noch reaktionärer. Sie legte neben formalen Bürgerrechten ein Zweikammersystem fest. Die Abgeordnetenkammer, die gewählt wurde, besaß als wichtigstes Recht ein beschränktes Steuerbewilligungsrecht. Daneben bestand eine 1. Kammer, deren Mitglieder ab 1854 vom König ernannt wurden. Die vollziehende Gewalt, einschließlich der Befugnis über das Heer, lag allein beim König.

Am 30. Mai 1849 wurde das Dreiklassenwahlrecht ein =  
geführt. Frauen und Empfänger von Armenunterstützung  
waren ausgeschlossen, die Wahlberechtigten werden  
nach dem Steueraufkommen eines Wahlbezirks in 3 Klassen  
eingeteilt, die die gleiche Anzahl von Wahlmännern  
wählen konnten (indirektes Wahlrecht).

1849 gehörten in Berlin zur 1. Klasse 2000  
zur 2. Klasse 9.000  
und zur 3. Klasse 70.000 Wähler.

Trotzdem mußten feudale Fesseln gelockert werden:  
am 2.3.1850 gab es ein Ablöse=  
gesetz, daß das Freikaufen der  
Bauern ermöglichte.

126

Der französische Bonapartismus wollte nicht zulassen,  
daß der Norddeutsche Bund in Deutschland und Europa  
seine Macht erweiterte und Frankreichs Grenzen nach  
Osten ausdehnen.

Als ein Hohenzoller für den spanischen Thron kandi =  
dierte, folgte am 19.7.1870 die französische Kriegs=  
erklärung gegen Deutschland.

Die Eisenacher protestierten gegen den Krieg, Bebel  
und Liebknecht enthielten sich im Norddeutschen  
Reichstag bei der Bewilligung einer Kriegsanleihe  
der Stimme, die Lasselianer stimmten zu. Die Eisenacher  
übernahmen die Einschränkung von Marx. Sie schlossen  
sich der nationalen Bewegung an, solange sie sich  
auf die Verteidigung Deutschlands beschränkte. Als  
nach der Niederlage Frankreichs in der Schlacht von  
Sedan am 1.12.1870 die Militärs und die Großbourge =  
oisie den Krieg mit dem Ziel der Ausplünderung  
Frankreich und der Annexion Elsaß- Lothringens weiter =  
führten, organisierten die Eisenacher Kundgebungen  
gegen den Krieg. Sie forderten einen ehrenvollen  
Frieden und keine Annexion.

Bebel und Liebknecht redeten und stimmten im Reichstag im Nov. 1870 gegen die verlangten 100 Millionen Taler Kriegskredite.

Schon vorher war die Führung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei festgenommen und die Mitglieder der Organisation heftig verfolgt worden.

Die Partei arbeitete aber konsequent weiter gegen den Krieg, gemeinsam mit vielen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Dieser gemeinsame Kampf legte die Grundlage für die spätere Vereinigung beider Parteien.

Bei den Reichstagswahlen 1871 erhielten die Eisenacher 41.500 Stimmen, die Lassallianer 60.500 Stimmen.

Bismarck vollendete die Einigung Deutschlands von oben nach Verhandlungen mit den Süddeutschen Regierungen.

Am 18. 1. 1871 wurde im besetzten Frankreich, im Speisesaal des Versailler Schlosses, das neue Deutsche Kaiserreich proklamiert.

Der preußische König Wilhelm I. wurde deutscher Kaiser.

ARBEITERBEWEGUNG

9 Von 1849 bis 1851/52 festigte der Adel und die Fürsten ihre Herrschaft.

1849 wurde in London unter Leitung von Marx und Engels eine neue Zentralbehörde des 'Bundes der Kommunisten' gebildet. Der Bund mußte im geheimen wirken.

Marx und Engels zogen die Lehren aus der Revolution 48:

- a.) Der Staat der Bürgerliche ist ein Staat, der die Verewigung der Herrschaft des Kapitals zum Ziel hat (Frankreich). Die bürgerlichen Revolutionen haben den Apparat übernommen und ausgebaut, die Arbeiterklasse muß ihn zerbrechen (Brief an Kugelmann 12.4.71)
- b.) In der Bündnisfrage wurde deutlich, daß die Arbeiterklasse den Sieg nur im Bündnis mit den Bauern erreichen kann (MEW 8, S. 204).
- c.) Die Partei der Arbeiter muß geschaffen werden, damit eine selbständige Entwicklung der Arbeiterbewegung organisiert werden kann (MEW 7, S. 244).

Die Regierungen verzichteten zunächst auf das Verbot der gewerkschaftlichen Organisationen, verschärften aber deren Überwachung.

15 Die Zentralbehörde sah es als wichtigste Aufgabe an, in den selbständigen Arbeitervereinen bis hin zu den Turnvereinen Fuß zu fassen.

Im Sommer 1850 kamen Marx u. Engels zu dem Ergebnis, daß angesichts des eingetretenen wirtschaftlichen Aufschwungs, in der nächsten Zeit von einer wirklichen Revolution "keine Rede sein konnte" (MEW 7 S. 440)

Es bildete sich eine Fraktion Willich/ Schapper, die davon ausging, daß eine Revolution unmittelbar bevorstünde und die Kommunisten zur Macht kommen würden. Da diese Fraktion in London starken Einfluß hatte, wurde die Leitung des Bundes der Kommunisten 1850 nach Köln verlegt.

1850 wurde die Unterdrückung der Arbeitervereine verschärft. Die lokalen Vereinedurften sich nicht mehr regional verbinden, fast alle Verbrüderungsvereine wurden unterdrückt. Die Geheimpolizei wurde stark ausgebaut. Bei einer Verhaftungswelle wurde fast die ganze Kölner Zentralbehörde getroffen und 1852 vor Gericht gestellt und verurteilt.

Aus der Zerschlagung des Bundes ergab sich für Marx, daß "die Fortdauer des Bundes der Kommunisten auch auf dem Kontinent nicht mehr zeitgemäß sei" (MEW 28, S.195). Die Organisation wurde aufgelöst.

21 Der Deutsche Bund war restauriert worden. In Preußen konzentrierte sich die Macht auf die Krone, das Abgeordnetehaus konnte an der Gesetzgebung mitwirken. In Österreich wurde der offene Absolutismus wiederhergestellt. In Frankreich gab es 1851 einen Staatsstreich durch Louis Bonaparte.

Die Kapitalisierung der Landwirtschaft wurde mit dem Ablösungsgesetz vom 2.3.1850 fortgesetzt. Bis 1855 wurden die bäuerlichen Eigentümer gegen hohe Bezahlungen von den feudalen Verpflichtungen entbunden, Die Junker konnten mit den Millionenbeträgen Maschinen und Kunst = dünger, sowie industrielle Nebenbetriebe kaufen; die Bauern gerieten oft in kapitalistische Schuldenrechtschaft.

Es begann die Phase der industriellen Revolution? zahlreiche Kreditbanken und Aktiengesellschaften wurden gegründet. Bourgeoisie und Adel hatten, je weniger antagonistische Differenzen, umso mehr die Existensgrundlage des Adels kapitalistisch wurde. (In der Frage der nationalen Einheit blieb sie jedoch grundlegend.) Das Proletariat erhielt Zustrom von den von der Konkurrenz erdrückter Handwerker (kleiner) und von den durch die Ablösung ruinierten Bauern.

Die Zahl der Industriearbeiter stieg schnell. Die Real-löhne sanken bis 1860, Frauen- und Heimarbeit waren sehr verbreitet, die Arbeitszeit betrug 12-14 Stunden. Der Gesundheitszustand war so schlecht, daß nur 1/3 der Arbeiter Sachsens militärdiensttauglich war.

27 Die Arbeitsintensität und der politische Terror gegen Arbeiterorganisationen und -Aktionen wurde verstärkt. Von 1852-1859 gab es in Deutschland über 100 Streik = Kämpfe.

Marx arbeitete an der Kritik der politischen Ökonomie; Von Aug. 57 bis Juni 58 entstanden die 'Grundrisse', 1859 erschien die 'Kritik der pol. Ökonomie'.

Wegen der ökonomischen Entwicklung konnte sich die Bourgeoisie mit der Kleinstaaterei immer weniger abfinden.

Ende 1858 ersetzte Prinz Wilhelm das erzreaktionäre Kabinett Manteuffel durch ein Ministerium aus gemäßigten Konservativen und rechten Liberalen. Er suchte einen Kompromiß mit der Bourgeoisie, ohne ihr wesentlichen Einfluß einzuräumen. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1858 errangen die Liberalen eine große Mehrheit.

1860/62 kam es zu einem Heereskonflikt zwischen Adel und Bourgeoisie. Die Liberalen hatten im Parlament zunächst eine Umorganisation des Heeres und dann die Mittel dazu abgelehnt.

Prinz Wilhelm, inzwischen Wilhelm I (Okt. 1861) ernannte am 23.9.1862 Otto von Bismarck zum Ministerpräsidenten. Er regierte verfassungswidrig mit einem vom Abgeordnetenhaus nicht bewilligtem Budget. Die Bourgeoisie beschränkte sich auf Deklamationen, das Kleinbürgertum war kaum aktionsfähig. Die Arbeiterklasse mußte selbständig auftreten.

43 Die deutschen Arbeiter waren den Bildungsvereinen zugeströmt, die hauptsächlich von liberalen Intellektuellen geleitet wurden.

1860 gab es 50, 1865 weit über 100 solcher Vereine. Chefideologe war H. Schulze-Delitzsch ( Alle sozialen Mißstände sind auf kapitalistischer Basis zu lösen, die Arbeiter können durch Fleiß keine Kapitalisten werden.) Er wurde Führer der revolutionären Arbeiter.

1862 wurde in Berlin ein Zentralkomitee gewählt, das einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß einberief. Eine revolutionäre Leipziger Gruppe erlangte die Leitung bei der Vorbereitung des geplanten Kongresses. Sie wandten sich an den Schriftsteller Ferdinand Lassalle, Der das Programm für die Arbeiterbewegung formulieren sollte.

Im 1863 erschien der Programmentwurf als Broschüre "Offenes Antwortschreiben an das ZK zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongreßes in Leipzig".

Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Lassalle wurde Präsident. Es wurde eine Organisationsstruktur beschlossen, das dem Präsidenten diktatorische Vollmachten einräumte( für 5 J.) Der Vorstand war verstreut und nicht aktionsfähig, Lassalle rief weder Vorstand noch Generalversammlung jemals zusammen.

51 Als Lassalle 1864 starb hatte der Verein 3000 Mitglieder.

Gegen Schulze-Delitzsch stellte Lassalle die Unmöglichkeit der Änderung der sozialen Lage der Arbeiter auf der Basis des Lohnarbeitsverhältnisses fest und formulierte die Notwendigkeit einer selbständigen Organisation der Arbeiterklasse.

Zugleich glaubte er jedoch an das friedliche Hinein = wachsen in den Sozialismus über das Parlament mit Hilfe des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Außerdem sollten die Arbeiter vom Staat Kredite verlangen, und mit eigenen Produktionsgenossenschaften die Kapitalisten nieder = konkurrieren. Lassalle formulierte das 'eherne Lohngesetz', das das Streben nach Lohnerhöhung und die anwachsende Streikbewegung als nutzlos erscheinen ließ.

Lassalle verhandelte insgeheim mit Bismarck und Agitierte gegen die liberale Bourgeoisie.

Im Verein begann sich eine Opposition zu formieren, die sich gegen die Diktatur Lassalles, gegen die Abkapselung des Vereins von der Klassenbewegung und das Kokettieren mit Bismarck wandte. Im Sommer 1864 begann Wilhelm Liebknecht die oppositionelle Gemeinde des Vereins zusammenzufassen.

Die Bildungsvereine hatten sich am 7/8. 6. 1873 zum Vereinstag (größter Verband) Deutscher Arbeitervereine zusammengeschlossen.

57 Nach Kontakten zwischen englischen und französischen Arbeitern wurde am 28. Sep. 1864 die Gründung der Internationalen Arbeiterorganisation (I. Internationale) in London beschlossen. Marx und später auch Engels waren Sekretariats-Mitglieder.

In England gab es eine starke Gewerkschaftsbewegung, die aber nicht revolutionär war (ökonomische Stellung Englands). In Frankreich überwog die Kleinindustrie, der Bonapartismus unterdrückte die Arbeiter. In den legalen Organisationen dominierten die Anhänger Proudhons (Ziel: Gesellschaft des gerecht verteilten Kleineigentums).

In Deutschland herrschte der Lassalleismus im Allge = meinen Deutschen Arbeiterverein, die Bildungsvereine waren im Schlepptau der liberalen Bourgeoisie. In den Statuten und im Gründungsmanifest der Internationalen Arbeiterorganisation setzt sich Marx theoretisch mit diesen Positionen auseinander und formuliert erneut die Grundlagen der revolutionären Politik.

Marx und Engels haben zunächst in "Der Sozial-Demokrat", unter der Leitung von Johann-Baptist von Schweitzer (erschien 1864 in Berlin) geschrieben. Sie bekämpften die preußenfreundliche Politik der Lassallianer. Als von von Schweitzer und dem neuen Präsidenten (B.Becker) offen die preußisch-militaristische Art der Einigung Deutschlands unterstützt wurde, kündigten Marx und Engels ihre Mitarbeit auf.

67 Wilhelm Lieb knecht trat aus der Redaktion aus. Der Aufschwung der ökonomischen Kämpfe (1865: 150 Streiks) geriet in Widerspruch zu den Lassalle-Dogmen, die Opposition erstarkte (es gab in vielen Städten Oppositionsgemeinden). Die Mehrheit des Vereins stand aber hinter Schweitzer und Becker.

Marx hatte nach seinem Bruch mit den 'Sozial-Demokraten' aufgefordert, eine deutsche Sektion der Internationale zu schaffen. Das geschah in vielen deutschen Städten durch ehemalige Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Mitglieder des Vereins und der Internationale begannen, Gewerkschaften zu organisieren. Es wurden gesamt nationale Gewerkschaftsverbände der Zigarrenmacher und Buchdrucker gegründet.

Vom 3. bis 5.9. 1865 fand der 3. Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine statt. Die Mehrheit löste sich aus dem Schlepptau des Liberalismus und votierte für ein freies, demokratisches Deutschland. Die Grundposition blieb aber kleinbürgerlich-demokratisch.

Lieb knecht war nach seiner Ausweisung aus Berlin nach Leipzig übergesiedelt, wo er im August Bebel kennen lernte. Bebel war Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins und Leiter des sächsischen Gauverbandes. Bebel entwickelte sich zum Sozialisten, im Feb. 1866 war der Bebel-Vorstand für die Internationale gewonnen.

73 Im Frühjahr 1866 traf Bismarck die letzten Vorbereitungen zum Krieg gegen Österreich. Die Gruppe um Lieb knecht und Bebel organisierte Protestversammlungen, zum Teil gemeinsam mit Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Zugleich begann 1866 eine zyklische Krise, die zu Massenentlassungen führte und ebenfalls zahlreiche Protestversammlungen zur Folge hatten.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wurde durch sinkende Mitgliederzahlen und Führungsstreitigkeiten geschwächt. Bismarck würdigte die Politik der Lassallenianer Anfang April 1866 durch ein unverzinsliches "Darlehen" von 2500 Talern an den 'Sozial-Demokrat'.

Die Arbeiterbewegung war gespalten, die Bourgeoisie verabscheute jede revolutionäre Bewegung, und das Kleinbürgertum war zu keiner wirksamen Mobilisierung fähig. Am 11.6.1866 beantragte Österreich im Bundestag das Bundesheer gegen Preußen zumobilisieren, was einer Kriegserklärung gleichkam. Am 16.6. begann Preußen die Kampfhandlungen, am 3.7. war Österreich geschlagen und wurde aus dem Nationalverband ausgeschlossen.

77 Bismarck verleibte viele Kleinstaaten der preußischen Monarchie ein. Er gründete den NORDDEUTSCHEN BUND, dem sich 23 Kleinstaaten und freie Städte anschlossen.

In der Wirtschaftsgesetzgebung wurden die Hemmnisse für die Kapitalismus-Entwicklung beseitigt; die Macht blieb weiter in der Hand des Adels (das Heer unterstand dem König). Junkertum und Bourgeoisie schlossen einen Klassenkompromiß.

Bebel und Liebknecht versuchten nicht, eine proletarische Partei zugründen. Sie wirkten am Aufbau der Sächsischen Volkspartei mit, die sich der Deutschen Volkspartei in Süddeutschland anschloß. Die Partei forderte die Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform, die Befreiung der Arbeiter von jeglicher Fessel; zugleich sollte der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit 'ausgeglichen' werden. Johann Baptistich von Schweizer wurde 1867 zum Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewählt.

Mit der Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts kamen Bebel und Liebknecht, sowie 3 Lassalleaner in den Reichstag.

Bebel und Liebknecht benutzten das Parlament als Tribüne für die Opposition und vergrößerten das Netz der Arbeiter- und Volksvereine. Am 6./7.10.1867 wurde Bebel zum Präsidenten des Verbandes Deutscher Arbeitervereine gewählt.

86 Mitte September 1867 erschien der erste Band des 'Kapitals' von Karl Marx. Er entwickelte die Analyse der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Entwicklungsgesetze.

Das Werk übte auf Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (wie Bracke) große Wirkung aus. Schweizer referierte ausführlich den Inhalt des Werkes im 'Sozial-Demokrat'.

(Bis 1871 lagen in Deutschland nur 500 Exemplare des Werkes vor.- Steinberg - Referat Uni Bremen , Sommer = semester 1973 -)

96 Am 3.9.1866 fand der erste Kongreß der Internationale in Genf statt.

Die von Marx erarbeiteten Resolutionsentwürfe wurden im wesentlichen angenommen.

Am 13.9.1868 in Brüssel setzte sich die revolutionäre Strategie weiter durch, gegen den Widerstand der Proudhounisten wurde gefordert, Grund und Boden, Bodenschätze, Bergwerke, und Verkehrsmittel in Gemeineigentum zu führen.

Bebel und Liebknecht sorgten für die Aufnahme der Programmdiskussion auf die Tagesordnung des 5. Vereinstages vom 5.-7.9.1868 in Nürnberg.

102 115 Delegierte vertraten 13.000 Mitglieder. Sie nahmen das von der Leitung vorgeschlagene Programm an, das den Anschluß an die Gesetzgebung der Internationale vorsah. Es wurde beschlossen, für die Schaffung selbständiger nationaler Gewerkschaften zu sorgen. Präsident wurde erneut August Bebel.

Mitglieder der Fortschrittspartei gründeten die 'Hirschdunckerschen Gewerkvereine.

Von Schweitzer konnte nach dem Aufschwung der Arbeiterbewegung und den gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen seine gewerkschaftsfeindliche Haltung nicht mehr beibehalten.

In großer Eile organisierte er mit seinen Freunden einen Kongreß vom 26.-29.9.1868 in Berlin, der einen Verband Deutscher Arbeiterschaften gründete und Schweitzer zum Präsidenten wählte.

Vom 14.-17.5.1869 konstituierte sich die Internationale Gewerksgenossenschaft in Leipzig, die aus den Nationalverbänden vieler Berufsgruppen bestanden (6000 Mitglieder). Es gab einen Aufschwung der Streikbewegung (1869: 130 Streiks).

Dem Verband Deutscher Arbeitervereine schlossen sich 1868/69 weitere 40 örtliche Organisationen den 67 an, die sich in Nürnberg zum Programm der Internationale bekannt hatten.

Der 'Deutsche Arbeiterbund' der Liberalen zerfiel.

111

Vom 28.-31.3.1869 fand in Elberstedt eine Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins statt.

Bebel und Liebknecht hatten Rederecht und konnten von Schweitzer angreifen. Bei der Vertrauensfrage enthielt sich eine starke Minderheit der Stimme, die diktatorischen Vollmachten des Präsidenten wurden eingeschränkt. Es wurde auf Vorschlag Schweitzers eine Resolution angenommen, in der es hieß, der Verein schließe sich "dem Programm und den Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziationen an".

Schon Mitte Juni gab Schweitzer die Parole, Einheit aller Lassalleaner, aus; vereinigte der ADAV sich mit einer Splittergruppe und führte zugleich das Lassalleanische Vereinsstatut wieder ein.

Die Opposition (Bracke/ Spier) setzte sich daraufhin mit Bebel/ Liebknecht in Verbindung und beteidigte sich an der Vorbereitung des VDA-Kongresses 1869 in Eisenach.

Der Eisenacher Kongreß vom 7.-9.8.1869 führte zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Die Partei hatte bei ihrer Gründung 10.000 Mitglieder. Einem von Schweitzer geschicktem Sprengkommando von 100 Lassalleaner wurde am 2. Tagungstag der Zutritt verwehrt. Das Eisenacher Programm schloß an die Nürnberger Erklärung an.

117 Die Programmforderung nach Staatskrediten für freie Produktionsgenossenschaften zeugte von den inneren noch vorhandenen lassallearenischen Einflüssen. Die Partei erklärte sich zum deutschen Zweig der Internationale.

Der Kongreß der Internationale vom 6.-11.9.1869 in Basel beschloß, daß die Gesellschaft das Recht habe, das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen. Der erste Kongreß der Eisenacher 1870 in Stuttgart stellte sich hinter den Beschluß der Internationale. Die gesamte Mitgliedschaft des ADAV in Bayern schloß sich den Eisenachern an.

Während die Eisenacher die Selbständigkeit der Gewerkschaften achteten und durch ihre Politik die Beschränkung der Gewerkschaften auf dem ökonomischen Bereich zu verhindern suchten, versuchte Schweitzer die Gleichschaltung von ADAV und den 'Verband Deutscher Arbeiterschaften'.

Bei dem Streikkampf von 8.000 Bergarbeitern organisierten nur die Eisenacher und die Internationalen Gewerkschaften konsequente Solidarität. Die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunckerschen Vereine sang bis 1870 auf weniger als 10.000, die Internationalen wuchsen auf 15.000 an und überflügelten die 'Arbeiterschaften', die Anfang 1870 noch 20.000 Mitglieder hatten.

### III A R B E I T E R B E W E G U N G

1871: Frankreich muß nach dem verlorenen Krieg 5 Milliarden Francs Kriegskontribution und Elsaß - Lothringen an Deutschland abtreten.

#### Pariser Kommune

Übernahme der Staatsmacht durch das Volk in Paris.

Scheitern nach Lenin ( Werke: Band 17, Seite 124):

1.) zu geringe Entwicklung der Produktionskräfte

2.) schlechte Vorbereitung des Proletariats

Solitaritätsaktionen der deutschen Arbeiter,

BEBEL 1871 im Reichstag:

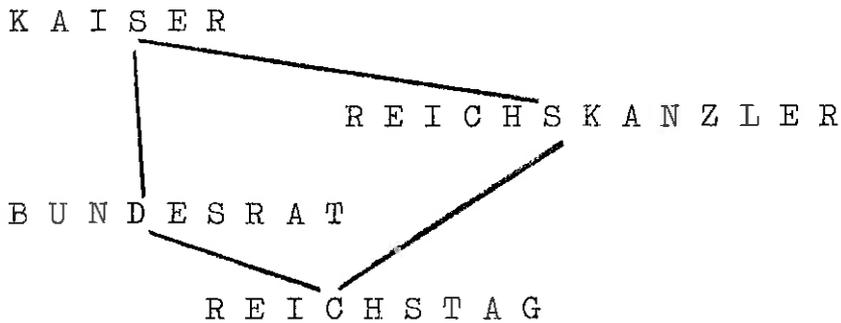
18 "... erinnere ich sie daran, ... daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange!' der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird."

Nach der Niederlage der französischen Arbeiterbewegung verlagerte sich der Schwerpunkt der internationalen Bewegung nach Deutschland.

ökonomische Entwicklung in Deutschland:

1. innere Faktoren: einheitlicher, nationaler Markt hergestellt, formelle Rechtsgleichheit im ganzen Reich, uneingeschränkte Zulassung von Aktiengesellschaften
2. äußere Faktoren: 5 Milliarden Franc, Elsaß-Lothringen, Wissenschaft wird übernommen ( B,USA)

Boom 1870-73 hat Gründerkrach 1875-77 zur Folge.

Struktur des preußisch-deutschen Militärstaates:

Der relativ 'friedliche' Charakter der Periode führte bei der deutschen Sozialdemokratie zur Politik der Sicherung und Ausweitung der Legalität. Trotz ihrer Statuten waren die Gewerkschaften politisch gegen ihre Nationalität. 1871/72 ließ Bismarck die Führer der Eisenacher Partei verhaften. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei stand in der internationalen Bewegung mit Marx gegen die Anarchisten.

1876: Auflösung der I. Internationale

Die Eisenacher Partei nahm von 1871-1874 bei den Wahlen von 41.000 auf 171.000 Wähler zu.

Der Einfluß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (Lassalle) wurde schwächer.

Es kam zu Vereinigungsbestrebungen, die inhaltlich im Gothaer Programm zum Ausdruck kamen (harte Konzessionen an Lassalles Einschätzungen - ehernes Lohngesetz, freier Staat und für Genossenschaften Staatshilfe).

Am 25. Mai 1875 werden die Bestrebungen angenommen.

Vereinigung beider Parteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. In Gefolge dieser Vereinigung vereinigten sich auch die unter dem Einfluß beider Parteien stehenden Gewerkschaften 1875.

1877 Gesamtmitglieder etwa 50.000,2 1/2% der Arbeiter  
 Pol. Kampf der Unternehmer und der Regierung gegen  
 die Sozialdemokratie:

50 1877 120 Arbeiter werden bei Krupp entlassen, weil  
 sie Sozialisten sind, bzw. waren.

Sozialistische Partei hatte 1877 40.000 Mitglieder  
1877 erhielt die SAV ca. 500.000 = 9% der Stimmen bei  
 den Reichstagswahlen.

1878 entstand Engels "ANTI-DÜHRING", nachdem führende  
 Sozialdemokraten Dührings Ideen in die Partei  
 trugen.

56 Ab 1877 wurden von der Großbourgeoisie (Eisen+ Textil)  
 und dem Junkertum (Getreide) Schutzzölle gefordert und  
 bald erlassen.

58 1878 nach zwei Attentaten auf den Kaiser und Scheitern  
 des 1. Anlaufes an den Liberalen wird das Sozial=  
 istengesetz verabschiedet, daß die Arbeiterklasse  
 und die Sozialdemokratie unterdrückte.

Es bildet sich eine illegale Partei. Opportunisten ver=  
 suchen diese zu beeinflussen, aber Marx und Engels  
 (Zikulabrief) greifen zugunsten der revolutionären Kräfte  
 (Bebel, Bracke und W. Wiebknecht) ein. (MEW 19, Seite 163)

1879 wird in Zürich die erste Nummer des illegalen Partei=  
 organs 'Der Sozialdemokrat' herausgegeben. (Bebel +Co  
 führend). Der illegale Kampf gegen ~~das~~ Sozialgesetz  
 stärkte die revolutionären Führer. 1880 wurde auf einem  
Parteikongreß in der Schweiz( Schloß Wayden) das  
 Gothaer Programm korrigiert: Der Kampf sei 'mit allen  
 Mitteln', und nicht mehr  
 nur mit den 'Mitteln der  
 Gesetzgebung' zu führen.

Die Führer der anarchistischen Gruppe wurden ausgeschlos=  
 sen. 1880 schrieb 'Der Sozialdemokrat': Die Sozialdemo =  
 kratie marschieret an der Spitze aller Kräfte, die dem  
 herrschendem und sozialpolitischem System den Untergang  
 bereiten wollen.

- 69 Bernstein, Agitator der Eisenacher Partei und den Dühringianer, löste sich von der Position der Opportunisten nicht zuletzt durch den Einfluß von F. Engels. Bernstein übernahm 1881 die Redaktion des 'Sozialdemokraten' und gehörte dem revolutionären Flügel der Partei an.  
Die Sozialdemokratie verband den illegalen mit dem legalen Kampf und erreichte trotz massiver Behinderungen 1881 bei den Reichstagswahlen 311.000 Stimmen. (Auch die liberale Fortschrittspartei und die demokr. Volkspartei hatten zugenommen.)  
Nicht der Wahlerfolg, sondern die Geschlossenheit und Funktionsfähigkeit der illegalen Organisation waren die Grundlage der Stärke der Sozialdemokratie.  
Nach den Wahlen wurden Sozialreformen (1881) angekündigt. Ziel: 'Korruptionierung' der Arbeiter,  
Spaltung der Sozialdemokratie,  
Spaltung von Liberalen und Sozialdemokraten,  
Krankenversicherungsgesetz,  
Unfallversicherungsgesetz,  
Altersversicherung
- 1881-1886: "milde Praxis", gewerkschaftliche Organisation und Arbeiterzeitungen wurden wieder erlaubt.
- 76 Auf der Züricher Konferenz von 1882 und dem Kopenhagener Parteikongreß 1883 wurde Bismarcks Sozialpolitik als Betrugsmanöver erkannt und die "milde Praxis" unter Beibehaltung der illegalen Organisation soweit wie möglich von der Partei ausgenutzt.  
Trotz der marxistischen Beschlüsse von Wyden und Kopenhagen bestanden Lassalesche und vulgärsozialistische Auffassungen weiter.  
Der 'Sozialdemokrat' hatte Mitte der 80iger Jahre 12.000 Auflagen. Marx und Engels schreiben Artikel, die Zeitung kritisierte die opportunistischen Thesen des Gothaer Programms und legte damit die Grundlage für den Beschluß des St. Gallener Parteitages 1887, der ein marxistisches Programm verabschiedete.
- 85

1883 wurde die theoretische Monatszeitschrift 'Neue Zeit' in Stuttgart unter der Redaktion von Karl Kautsky herausgegeben, der nach der Anti-Dühring-Lektüre von Lassalle-Positionen zum revolutionären Flügel kam. Es kam zu einer Aufschwung der Hilfskassen zur gegenseitigen Unterstützung der Arbeiter:

1880 60.000 Mitglieder

1885 730.000 Mitglieder

1885 gab es fast in allen Berufsgruppen gewerkschaftliche Organisationsformen mit insgesamt 180.000 Mitgliedern. Die Sozialdemokraten hatten lokale Arbeiterzeitungen herausgegeben. In Berlin entstand ein Maurerstreik (12.000 Arbeiter).

1885+86: Nach der Ablehnung von Arbeiterschutzanträgen durch die Sozialistische Partei im Reichstag kam es zu einer Petitionskampagne, an der sich 1/2 Millionen Arbeiter beteiligten.

Nach sozialdemokratischen Erfolgen bei den Landtags- u. Kommunalwahlen erreichte die Partei bei den Reichstagswahlen 1884 nach der illegalen Verteilung eines Wahlmanifestes (Auflage: 1.000.000) 550.000 Stimmen = 10%.

1884 wollte die Reichstagsfraktion, in der Opportunisten zeitweilig die Mehrheit hatten (??), die Finanzierung von Dampferverbindungen nach Übersee genehmigen (Dampfersubventionen). Die revolutionären Teile der Partei wollten aber der kolonialen Expansion nicht zustimmen.

96 Bebel konnte sich mit seiner Auffassung durchsetzen, die Fraktion lehnte die Subventionen ab. Die Opportunisten wagten bis 1890 keinen so offenen Auftritt gegen die Partei mehr.

97/98 Die Politik der Sozialreformen und der 'milden Praxis' war gescheitert, die Arbeiterklasse nicht integriert; die Sozialdemokratie stark und marxistisch.

1886 verschärfte die Regierung das Sozialistengesetz durch den Streikerlaß (Reaktion auf den Maurerstreik). Trotz brutalen Polizeivorgehens gegen Arbeiterversammlungen, Ausweisungen und Gefängnisstrafen für Bebel u.a., verfehlten die Maßnahmen ihre Wirkung.

(Demonstration und Flugblattverteilung ohne Polizeierfolge.)

Gewerkschaften: 1888 90.000 Mitglieder  
1889 120.000 Mitglieder

Ein verschärftes Sozialistengesetz, daß die Aberkennung der Staatsbürgerschaft und völlige Landesverweisung vorsah, scheiterte im Reichstag an den Stimmen der bürgerlichen Parteien.

Die Differenzen mit Frankreich (Lothringen-Annexion) und Militärs (die auch gegen Russland einen Präventivkrieg wollten) brachten Bismarck zu einer Vorlage zur weiteren Aufrüstung. Gefahren durch den liberalen Thronfolger (Friedrich Wilhelm) und der Druck der Arbeiterbewegung bestätigten Bismarck in seinem Militarisierungsvorhaben.

2 Parteien wollten das Geld nur auf 3 Jahre bewilligen. Bismarck ließ Neuwahlen ausschreiben.

→ reaktionäres Wahlkartell (Konservative, Reichspartei, Nationalliberale)

#### 1877 Reichstagswahl

Die Sozialdemokratie bekam 763.000 Stimmen = 10,1%  
Durch das Wahlsystem siegte der Rechtsblock, alle militaristischen Forderungen wurden erfüllt.

#### Oktober 1877 Parteitag in St. Gallen

Ebel stellte in einer Grundsatzrede über Parlamentstaktik klar, daß ein friedlicher Übergang zum Sozialismus über das Parlament nicht möglich ist. Der Wahlkampf wurde zur Parteipropaganda genutzt, ebenfalls Parlamentsreden und Gesetzinitiativen. Es wird ein marxistisches Programm beschlossen und den Opportunistenführern Geiser und Viereck das Recht aberkannt, Vertrauensstellungen in der Partei zu bekleiden.

In ganz Deutschland wurden 1898 Aktionen zum 10. Jahrestag des Sozialistengesetzes durchgeführt.

113

Die Streiks häuften sich: Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet (100.000 Bergarbeiter) brachte den Arbeitern keine materiellen Vorteile, stärkte aber den Einfluß der Sozialdemokratie.

Verstärkte internationale Arbeiterbewegung:

wilde Streiks , soziale Parteigründungen

1886 wurden am 1. Mai in Chicago 4 Arbeiter bei Demonstrationen von der Polizei erschossen.

1889 Gründung der II. Internationale in Paris

2 gleichzeitig laufende Kongresse, 22 Organisierte bei den Marxisten, 9 Organisierte bei den Opportunisten ( aus den Ländern)

Am 25. 1. 1890 fällt im Reichstag das Sozialistengesetz!  
(Spaltung zwischen dem Kaiser - Integration der Schutz =  
gesetze - und Bismarck - Staatsstreich-und Militäreinsatz  
Absicht-

119

20.2.1890 Reichstagswahlen: Die Sozialdemokratie bekommt  
1.427.000 Stimmen = 19,7%.

Seit 1887 Verdoppelung, jetzt  
stärkste Partei im Reichstag.

Gewerkschaften 1890:250.000 Mitglieder, SDAP besitzt 100  
Presseorgane und ca. 600.000 Leser.

Marx und Engels helfen Bebel und W. Liebknecht bei der  
Entwicklung einer marxistischen Massenpartei.

Nach 1890 vollzog sich in Deutschland eine verstärkte  
Monopolisierung im Industrie- und Bankbereich. Es begann  
eine widerspruchsvolle Entwicklung innerhalb von  
Bourgeoisie und Junkertum und zwischen den beiden Gruppen.  
Es bildeten sich Arbeitgeberverbände.

126

Ab 1890 wurde ein 'neuer Kurs' durch Reichskanzler Leo  
Graf von Caprivi eingeschlagen, der die Bewegung , bzw.  
Die Legalität der sozialistischen Bewegung anerkannte.  
Mit dieser Entwicklung wollten die Opportunisten den  
"friedlichen Übergang zum Sozialismus" und eine Gruppe  
der " Jungen" weiter die völlige Illegalität. Die Oppor-  
tunisten waren außerdem für das Kontrollrecht der  
Fraktion über den Parteivorstand.

128

1890 Parteitag in Halle weist die "Jungen" eindeutig  
zurück und lehnte den Organisationsplan der Opportu =  
nisten ab. Der Vorstand erstellte einen marxistischen  
Programmwurf.

Von Vollmar forderte in seinen ELDORADO-REDEN eine  
reformistische Umgestaltung nach dem "Neuen Kurs".

132

1891 Erfurter Parteitag

Die Wortführer der "Jungen" wurden aus der Partei ausgeschlossen. Ohne wesentliche Änderungen wurde der Programmentwurf des Parteivorstandes nach der Überarbeitung von Kautsky in der 'Neuen Zeit' (mit Unterstützung von Engels und Bebel) angenommen.

Bebel: Legalität ausnutzen, für praktische Verbesserungen, aber als Ziel: politische Machtübernahme der Arbeiterklasse ohne Versöhnung mit diesem Staat. Vergesellschaftung und Abschaffung der Warenproduktion und konkrete Forderungen.

Nach dem Fall des Sozialgesetzes wuchs die Arbeiterbewegung.

1892 trat in Halberstadt der 1. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zusammen, der ca. 300.000 Mitglieder repräsentierte. Der Kongreß legte keine klare politische Position fest, es kam zu einer Trennung von Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, weil die Gewerkschaftsbewegung eine vorwiegend ökonomische Orientierung bekam.

137

Trotz leichter Reallohnsteigerungen lag der Lohn zwischen 1893 und 1902 11% unter dem Existensminimum.

143

1892/93 wurde vom Reichstag auf inner- und außerparlamentarischen Druck der Sozialdemokratie ein großes Militärprogramm der Regierung abgelehnt.

145

Die Reichstagswahlen 1893 brachten der Sozialdemokratie 1,8 Millionen Stimmen = 22%. Die Partei setzt ein Milizprogramm gegen die Heeresvergrößerung.

147

Am 2. September 1895, dem 20. Jahrestag des deutsch-französischen Krieges (Sedantag), wollte die Sozialdemokratie der Militärpropaganda antimilitaristische Protestkundgebungen entgegensetzen. Die Versammlungen wurden aber verboten, sie fanden am 4. Sep. statt.

Am 15. Sep. 1895 legte der Innenminister auf Weisung Wilhelm des II. ein neues 'Sozialistengesetz' vor.

Wegen des Druckes der Arbeiterbewegung und taktischer Differenzen innerhalb der Regierung lehnte das Kabinett den Vorschlag ab. Die Folge war ein verschärfter

Polizei- und Justizeinsatz gegen die Sozialdemokratie,

11 Organisationen der SDAP wurden verboten.

Die Partei ging auf die Organisationsform unter dem Sozialistengesetz zurück, die Fraktion übernahm die Parteiführung (Bebel an der Spitze).

151 Die internationale Protestbewegung zwang den Innenminister zum Rücktritt.

155 Kautsky, Mehring und Zetkin führten die Sozialdemokratischen Publikationsorgane, die 1890 zusammen mit den Gewerkschaftszeitungen eine Gesamtauflage von mehr als 450.000 hatten.

Gegen Singer, Bebel und Liebknecht wuchs der Opportunismus in der Arbeiterbewegung ( von Vollmar, David, Schippel). Ursache: das Eindringen von proletarisierten Kleinbürgern in die Arbeiterbewegung  
das Fehlen einer bürgerlichen- demokratischen Partei

Frankfurter Parteitag (1894): es wurde eine Schippel-Opportunistenresolution , die die "Demokratisierung" des Ausbeuterstaates verlangte, angenommen. Die Sozialdemokratie drang in Kleinstädte vor, die Opportunisten verkündeten 1893 ein sozialdemokratisches Bauernprogramm (für eine Koalition mit dem Staat im Interesse der Kleinbauern). Der Parteitag nahm eine entsprechende Resolution von Vollmar's an.

1895 Breslauer Parteitag: Ablehnung des opportunistischen Bauernprogramms, ohne eine eigene Lösung zu haben.

Engels starb am 5.8.1895 in London.

1896-98 bildeten sich große Aktiengesellschaften heraus, Unternehmerverbände wurden weiter ausgebaut und die Kolonialpolitik verstärkt. Die Flotte wurde aufgerüstet und China zur Verpachtung eines Stützpunktes auf 99 Jahre gezwungen.

172 1896 wuchs die Streikbewegung an, in Hamburg streikten fast 20.000 Hafentarbeiter.

1898 hatten die Gewerkschaften fast 500.000 Mitglieder. Wilhelm der II. wollte die Sozialdemokratie "ausrotten auf den letzten Stumpf". Nachdem Scheitern im Reichstag verlagerte er die Auseinandersetzung in die Bundesstaaten, aber auch in Preußen wurde der Gesetzentwurf auf Druck der Arbeiter abgelehnt.

Es formierte sich eine Sammlungsbewegung aller Rechten gegen die Sozialdemokratie.

176

1898 Reichstagswahlen

Die Sozialdemokratie erreicht 2,1 Millionen Stimmen  
= 27,1%

In der Sozialdemokratie entsteht ein Revisionismus, vor allem von Bernstein, der marxistische Theorien und Ziele' neuformuliert'.

178

Parteitag Stuttgart 1898

Eine Verstärkung opportunistischer Einflüsse wird deutlich, revolutionäre Delegierte sind in der Mehrheit, treffen aber noch keine eindeutigen Entscheidungen. Bis zum nächsten Parteitag kommt es zur Revisionismuskussion, Luxenburg wendet sich gegen Bernstein.

Die sozialdemokratischen Parteien in Europa und USA haben 300.000 Mitglieder und 4,5 Millionen Wähler.

## IV ARBEITERBEWEGUNG

- 9-29 Zwischen 1898 und 1900 wurden im Reichstag Gesetze zur Vergrößerung der Kriegsflotte verabschiedet, die den Großkonzernen und Banken Riesenprofite einbringt. Der Konzentrationsprozeß schreitet weiter voran, es folgt eine Krise von 1900-1903, die weitere Monopolisierung zur Folge hat. Deutschland wird in Bezug auf Kolonienrekrutierung, besonders 1900 in China, aktiv (Niederschlagung eines Aufstandes.)  
Es kommt zu einer Verbindung zwischen mehreren Branchen in einem Konzern (Kombination) und zwischen Bank- und Industriekapital (Finanzoligarchie).
- S 12: "Der für das imperialistische System entscheidende ökonomische Grundzug, sei Wesen, ist die Ablösung des Kapitalismus der freien Konkurrenz durch die Heerschaft des Monopols," aber Seite 13: "Durch die Heerschaft der Monopole wurde die Kapitalistische Konkurrenz und die Anarchie der Produktion nicht aufgehoben".
- S.25: Das Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung bewirkt die Verschiebung der 'Kräfteverhältnisse' zwischen den imperialistischen Ländern und führt zu Widersprüchen und Kämpfen um die Neuaufteilung der Welt.
- 19 Um 1900 hat die deutsche Sozialdemokratie über 100.000 Mitglieder, ein marxistisches Programm und die Verwurzelung der marxistischen Ideen in der Partei.
- 29-62 1899 legte die Regierung eine Zuchthausvorlage vor, die das Streik- und Koalitionsrecht einschränken sollte.
- 30 Der Unternehmerverband spendete der Regierung 12.000 RM Publikation. Durch starke außerparlamentarische Protestaktionen scheiterte die Vorlage während der 2. Beratung.
- 37 1899 Parteitag in Hannover! Die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus in der Sozialdemokratie fand statt. Bernstein hatte seine Ideen 1899 in einem Buch zusammengefaßt ('Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie', nicht Revolution, sondern Reform; friedlicher parlamentarischer Weg zum Sozialismus).

Mehring publizierte in der 'Neuen Zeit' seine Artikelserie "Eine Nachlese" gegen Bernstein.

Luxemburg griff ebenfalls durch ihr Buch "Sozialreform oder Revolution" in die Debatte gegen Bernstein ein.

Kautsky legte eine Untersuchung über die Entwicklung in der Landwirtschaft vor und widerlegte Bernstein's These des "Überlegenen Kleinbetriebes". Darüberhinaus schreibt er das Buch 'Bernstein und das Sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik'.

Zetkin hatte Bernstein 1899 in der "Gleichheit" angegriffen.

34/35 Bebel hielt auf dem Parteitag ein 6-stündiges Grundsatzreferat und stellte fest, daß Bernstein "gegen alle Grundanschauungen der Partei sich wendet" und meinte "an dem Tage, wo solche Grundsätze, wie sie hier Bernstein vertritt, in der Partei zur Geltung gekommen sein sollten, erkläre ich: Du hast 36 Jahre umsonst gearbeitet."

Der Parteitag nahm mit 216 gegen 21 Stimmen eine von Bebel vorgeschlagene Resolution an: "Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes".

41/43 Auf dem Parteitag 1900 in Mainz bekundete die Sozialdemokratie ihre Solidarität mit dem chinesischen Volk gegen den deutschen Imperialismus. Es wurde die Organisationsfrage diskutiert. Eine Zentralisierung wurde abgelehnt, das dezentrale Vertrauensleutesystem aus der Zeit des Sozialistengesetzes beibehalten und die Partei für jeden (auch nicht sehr aktiven) offen gelassen.

43/44 1900 fand in Paris der Internationale Sozialistenkongreß statt. 791 Delegierte aus 21 Ländern beschloßen die Gründung einer dauernden internationalen Zentralkommission, des internationalen Sozialistischen Büros (ISB) in Brüssel und die Bildung einer Unterpalarmentarischen Kommission.

Millerand, führender französischer Sozialist, hatte Bernsteins Revisionismus in die Tat umgesetzt und war als Minister in eine bürgerliche Regierung eingetreten.

Der Kongreß nahm eine Kautsky-Resolution an, die jedoch das Verhalten nicht grundsätzlich verurteilte. Bülow wurde 1900 Reichskanzler, will die Spaltung der Arbeiterbewegung durch Unterstützung Bernsteins 'genehmigen'.

1902 Zolltarifgesetz wird trotz Widerstand (3,5 Mill. Petition) vom Parlament angenommen. Folge: Steigerung der Nahrungsmittelpreise.

46 Im Staatsapparat haben die Junker und der Adel die meisten Einflüsse.

46-51 Klassenstruktur um 1900:

Großbourgeoisie spaltete sich: Bourgeoisie + Junker  
Kleinkapitalisten +  
Großbauern  
Handwerker + Mittel-  
u. Kleinbauern

Neues Kleinbürgertum : Beamte + Angestellte beim Staat  
Industrie, Handel + Versicherung  
Angestellten Intelligenz  
Arbeiterklasse

50-53 Arbeiterklasse um 1900: Trotz Lohnerhöhungen wegen  
Steuer-, Zoll-, Preis- und  
Mietsteigerungen

#### STAGNIERENDE REALLÖHNE

Die Mehrheit der Arbeiterklasse stand noch immer unter dem bürgerlichen Einfluß.

Zu Beginn des Imperialismus (?) fand ein Strukturwandel (?) innerhalb der Arbeiterklasse statt: Die Arbeiter = aristokratie bildete sich heraus.

Facharbeiter, Meister, Aufseher und Vorarbeiter wurden 'bestochen'.

(Werkseigene Wohnungen, Altersversorgung, Sicherung des Arbeitsplatzes, politische Korrumpierung: "Betriebszugehörigkeit")

In den Gewerkschaften gab es viele hauptamtliche Funktionäre, die Reformisten waren.

55 Arbeiteraristokratie, proletarisierendes Kleinbürgertum und Arbeiterbürokratie bilden die soziale Grundlage des Revisionismus.

- 58 Lenin: Durch die ruhige und friedliche Entwicklung des Kapitalismus von 1890-1900 gewöhnten sich die meisten Führer der deutschen Sozialdemokratie an die friedliche Zeit und verloren die Fähigkeit zum revolutionären Kampf. (MEW 29, Seite 228)

Die Gewerkschaftsführung nutzte die Erfolge der Massen zum Beweis für die Richtigkeit ihrer opportunistischen Politik aus. Der Revisionismus hatte inhaltliche Gemeinsamkeiten mit dem NEUKANTIANISMUS.

- 56 Ignatz von Auer, Revisionist, Kritiker Bernsteins: "So etwas sagt man nicht, so was tut man", das war die Taktik der Revisionisten in der Partei: Pragmatismus trotz revolutionärer Programatik.

Darüberhinaus erschwerte die These der "Freiheit der Kritik" die klare Entscheidung. Luxemburg / Zetkin hatten mehrmals Bernsteins Ausschluß gefordert.

- 62 Reichstagswahlen 1903 (Juni) Die Sozialdemokratie bekommt 31,7% = 3.000.000 Wähler. Der Revisionist Eduard David bestritt in seinem Buch "Sozialismus und Landwirtschaft" die Konzentrations-tendenzen in der Landwirtschaft und pries die Genossenschaften des Allheilmittel.

- 64 Nach den Wahlen forderten Bernstein/ Heine/ Vollmar, die Sozialdemokratie solle eine Volkspartei werden und auf den Klassenkampf zugunsten der Parlamentarwahlteilnahme verzichten.

1903 verhandelte Reichskanzler Bülow mit Vollmar um den Eintritt in die kaiserliche Regierung, aber der Kaiser wollte kein Koalitionskabinett.

Parteitag 1903 in Dresden (Dez.) Auseinandersetzung mit dem Revisionismus

- 67 Bebel: "Solange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben, und sie, wenn ich kann, beseitigen."

Der Parteitag nahm eine Resolution an, die gegen den Revisionismus und gegen das Entgegenkommen zu der herrschenden Klasse, gegen die Vertuschung der Klassengegensätze und die Reduzierung der Partei = ziele auf die Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft war. (68)

Die Resolution wurde mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen. ( kein konsequentes Vorgehen bis zum Ausschluß) Aber die Revisionisten hatten selbst zugestimmt (Vollmar, Auer) , obwohl Bernstein unmittelbar nach dem Parteitag schrieb: "Die Resolution ist nicht wörtlich zu nehmen".

76

Vor dem Parteitag 1903 begann eine Aussperrung- und Streikwelle. Besonders hart war der Crimmitschauer Textilstreik. Es streikten insgesamt 3.000 Arbeiter, von überall kam Solidarität und insgesamt 1.000.000 Mark Unterstützung. In einer für die Streikenden günstigen Situation beschloß die Gewerkschaftsführung über die Köpfe der Streikenden hinweg, den Streik als aussichtslos abzubrechen.

Als Reaktion auf den Streik fand eine Konzentration der Unternehmerverbände zu 2 Vereinen ~~z~~ statt.

#### 1904 Amsterdam Internationaler Sozialistenkongreß

458 Delegierte aus 24 Ländern der 5 Kontinente. Die Revisionismus - Resolution des Dresdener Parteitag wurde angenommen.

1905/06 kam es im Ruhrgebiet zum Streik von 215.000 Bergarbeitern. Die Regierung wagte den üblichen Gendarmareeinsatz nicht, aber die Gewerkschaftsverbände würgten den Streik nach unverbindlichen Zusagen ab. In der Folgezeit kam es zu Streiks, an denen 800.000 Arbeiter beteidigt waren. In Rußland waren am 22.1. 1905 140.000 Arbeiter zum Winterpalast des Zaren gezo-  
gen, um soziale Verbesserungen zu erhalten. Sie wurden von Truppen beschossen, es starben über 1000 Petersburger. Farrikadenkämpfe und Proteststreiks gab es in

95 ganz Rußland. In Deutschland lösten die russischen  
Ereignisse innerhalb der Sozialdemokratie die Massen-  
streikdebatte aus.

97 Die reformistischen Gewerkschaftsführer wollten das  
friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus, der  
Kölner Gewerkschaftskongreß 1905 lehnte den poli =  
tischen Massenstreik ab. Viele örtliche Verbände und  
die Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter =  
verbandes distanzieren sich von dem Beschluß.

99 1905 auf dem Jenaer Parteitag wurde der politische  
Massenstreik als ein mögliches Kampfmittel befür =  
wortet. Es wurde ein neues Organisationsstatut be =  
schlossen, das Vertrauensleutesystem wurde durch  
Lokalorganisationen mit gewählten Leitungen ersetzt.  
Die neue Struktur war auf den parlamentarischen  
Kampf abgestimmt.

Ende 1905 kam es zum Vorwärts - Konflikt, der Vorstand  
mußte unter dem Druck der Massen sechs Redakteure, die  
Gegner des Massenstreiks waren, entlassen.

101 Ab 1905 führte die Sozialdemokratie Wahlrechtskämpfe  
1906 kam es in Hamburg zum ersten politischen  
Massenstreik von 80.000 Arbeitern gegen die Einführung  
eines noch reaktionärerem Wahlrechts. Im Januar 1906,  
zum ersten Jahrestag des Petersburger "Blutsonntags",  
kamen 100.000 Menschen zu sozialdemokratischen Ver =  
anstaltungen.

107 1906 gab es Geheimverhandlungen zwischen dem sozial =  
demokratischen Parteivorstand und der Gewerkschafts =  
führung, die jedoch konsequent an dem Kölner Beschluß  
festhielt.

1906 auf dem Mannheimer Parteitag gelang es den Gewerk =  
schaftsführern, einen Beschluß herbeizuführen, der die  
Anwendung des politischen Massenstreiks von ihrer Zu =  
stimmung abhängig machte.

109 Neben dem revolutionären und dem revisionistischen Flügel  
der Partei entwickelte sich der ZENTRISMUS, deren Ver =  
treter sich als Hüter der Einheit der Partei verstanden  
und die prinzipiellen Gegensätze verschleiern und ver =  
tuschen wollten ( Kautsky ).

Liebknecht, Luxemburg, Mehring und Zetkin waren die Führer der Linken.

114 Da sich in fast allen Sozialdemokratischen Parteien verschiedene Strömungen entwickelten, gab es bereits während der Kongresse der II. Internationale 1907 (Stuttgart) und 1910 (Kopenhagen) gesonderte Zusammenkünfte der Linken um Lenin.

Am 15.11.1906 wurde in Berlin die Zentrale Parteschule von Bebel eröffnet. Es begann eine breite Arbeiterbildungsarbeit.

126 1906 ließ der Kaiser den Reichstag auflösen, weil die Militärforderungen der Regierung für einen Kolonialkrieg in Afrika nicht erfüllt wurden.

1907 wurde der Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie mit 3 Parolen geführt: Vaterlandslosigkeit

Doktrinarismus

Ruinierung des Wohlstandes.

Die Unternehmerverbände finanzierten über 1000 Zeitungen, ein Pressefeldzug gegen die Sozialdemokratie.

Wegen des Wahlsystems verlor die SP die Hälfte ihrer Sitze, obwohl sie ihre absolute Stimmzahl von 3 auf 3,3 Millionen steigern konnte.

Es bildete sich der BÜLOW-BLOCK (Nationalliberale, Reichspartei, Deutschkonserervative (Linksliberale), der die reaktionäre Politik trug.

126 Von 1900 bis 1910 hatte Deutschland dreimal so hohe Wachstumsraten wie Frankreich und England, Deutschland hatte Interesse an einer Neuaufteilung der Welt. Die Rüstungsaufgaben wurden drastisch erhöht.

1907 standen sich 2 Mächteblöcke gegenüber

Triple-Entente (England, Frankreich, Rußland)

Dreibund (Deutschland, Österr.-Ungarn, Italien)

1907 Internationaler Sozialistenkongreß in Stuttgart

Deutsche Delegation (289), hauptsächlich Opportunisten, linke Minderheit. 127:108:10 Resolution gegen jegliche Kolonialpolitik (Revisionisten um Bernstein wollten "positive Reformarbeit" in den Kolonien anerkennen).

Einstimmige Anti-Krieg-Revolution: Alle verpflichteten sich Kriegsausbruch mit allen Mitteln zu verhindern bzw. Nachkriegs- Krise zur Revolution auszunutzen. Liebknecht wurde Vorsitzender des Internationalen Jugendbüros, Zetkin Sekretär des Internationalen Frauensekretariats. (Clara Zetkin).

134 Auf dem Essener Parteitag 1907 bekannten sich Noske und von Vollmar öffentlich zur Vaterlandsverteidigung und stellten sich damit gegen die von ihnen gebilligte Stuttgarter Resolution. Schon im April 1907 hatte Noske im Reichstag erklärt, die Sozialdemokratie erkenne die Friedenspolitik der Regierung an. Und "wir wünschen, daß Deutschland möglichst wehrhaft ist". Bebel verteidigte Noske, die Mehrheit des Parteitags billigte Noskes Haltung (gegen Liebknecht/ Zetkin).

Liebknecht wurde 1907 zu  $1\frac{1}{2}$  Jahren Festung verurteilt, weil seine Schrift "Militarismus und Antimilitarismus" Hochverrat sei.

141 1907 gab es eine Krise, die von der USA ausging. Sie brachte Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen und verstärkte den Konzentrationsprozeß. Das Finanzkapital unterstützte die Rüstungsausgaben, 1908 diente die Hälfte aller Staatseinnahmen der Aufrüstung. Die Staatsverschuldung wuchs, über eine Reichsfinanzreform sollten 500 Millionen zusätzlich eingetrieben werden (4/5 durch indirekte Steuern). 1908 setzte von Bülow ein Reichsvereinggesetz durch, daß:

1. öffentliche Versammlungen nur noch in deutscher Sprache zuließ und
2. Jugendlichen unter 18 Jahren den Besuch und die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbot, weil die Linken (Liebknecht) großen Einfluß auf die Arbeiterjugend hatten.

- 143 Die Opportunisten brachten dieses Gesetz zur Schwächung der Linken durch. Sie bewirkten, daß sich sowohl der Gewerkschaftskongreß als auch der Parteitag 1908 gegen selbständige Arbeiterjugendorganisationen aussprachen. 1908 lehnte der Reichstag erneut die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ab und behielt das 3-Klassenwahlrecht bei. 1909 zerfiel der Bülow-Block über die Frage der Reichsfinanzreform, ein konservativ-klerikaler Block mit Reichskanzler von Bethmann-Hollweg übernahm die Macht.
- 146 Ab 1909 setzte in Deutschland eine Rüstungskonjunktur ein. Die Unternehmerprofite (Staatsmonopol) stiegen stark an, die Reallöhne stagnierten und lagen im Durchschnitt unter dem Existenzminimum. Von 1910 bis 1914 beteidigten sich über 1,5 Millionen Arbeiter an ökonomischen Kämpfen, es gab mächtige Wahlrechts- und Antikriegsaktionen.
- 149 Auf dem Parteitag 1910 in Berlin ( Sozialdemokratische Partei Preußens) werden die Anträge für politische Massenstreiks gegen das reaktionäre Wahlrecht abgelehnt. Die Revisionisten wollten die Demokratisierung ausschließlich auf parlamentarischem Wege erreichen. Es kam 1910 im ganzen Reich zu Massendemonstrationen gegen eine Wahlrechtsvorlage der Regierung, die weiterhin an der Arbeiterklassenteilung festhielt. In Berlin demonstrierten 150.000. Die Regierung zog ihre Vorlage zurück.
- 152 Die Parteiführung war nicht wie die Linken für die konsequente Fortführung des Massenkampfes. Besonders Kautsky setzte auf eine parlamentarische "Ermattungsstrategie" ; die allmählich die Positionen der herrschenden Klasse untergraben und das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus sichern wollte. In seinem Buch "Der Weg zur Macht" hatte er noch 1909 den Kampf

gegen Imperialismus und Militarismus gefordert und den Massenstreik positiv gewertet, aber als 1910 die realen Massenkämpfe begannen, war er gegen den politischen Massenstreik und für ~~die~~ eine Orientierung auf die Reichstagswahlen 1911.

156 Streiks von 160.000 Bauarbeitern und den Werftarbeitern führten 1910 zu geringen Lohnerhöhungen, Senkung der Arbeitszeit und zum Erhalt des Rechtes auf örtliche Tarifverträge.

158 Sep. 1910 Internationaler Sozialistenkongreß in Kopenhagen

Die Anti-Kriegsresolution von 1907 wurde bestätigt. In der Genossenschaftsfrage wurde gegen die Mehrheit der deutschen Delegation festgestellt, daß Genossenschaften wohl ein Mittel im Kampf der Arbeiterklasse seien, nicht aber selbst die Befreiung der Arbeiter herbeiführen können.

Einige Ergänzungsvorschläge von Lenin und den Linken wurden abgelehnt.

161 In den Parteizeitungen der Sozialdemokratie hatten die Opportunisten oft die Mehrheit der Redakteure, Beiträge der Linken wurden verzögert oder gar nicht abgedruckt.

162 In Baden, Bayern und Württemberg hatten sozialdemokratische Parlamentarier die Budgets bewilligt und gegen den Grundsatz der Partei verstoßen.

Sept. 1910 Parteitag in Magdeburg Er verurteilte die Haltung der Süddeutschen, Bebel drohte bei Wiederholung einer Budgetbewilligung mit Ausschluß.

Die Linken konnten ihren Antrag, der Propagierung des Massenstreiks forderte, nicht durchsetzen.

167 Es kam 1911 zu einer Marokkokrise (französische Kolonie)

Die Entsendung des Deutschen Kanonenbootes Panther nach Agadir spitzte den Konflikt zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus zu.

Über den Altdeutschen Verband und dem deutschem Wehrverein versuchten Reaktionäre, mit Parolen wie

"Volk ohne Raum" und "berechtigten Landhunger" im Volk den Willen zum Krieg zu schüren.

Der sozialdemokratische Parteivorstand gab erst 5 Wochen nach dem Zwischenfall einen Aufruf zu Massenversammlungen heraus, Bernstein und Kautzky beschränkten sich in ihrer Kritik auf Probleme des Völkerrechtes, der Vernunft und Moral.

173 1910 hatte die SP 720.000 Mitglieder, 8000 Gemeindeflandtags- und Reichstagsabgeordnete und 76 Wochen = zeitungen.

( S. 171) 1911 Jenaer Parteitag der Sozialdemokraten Revisionisten und Zentristen brachten Zusatzanträge der Linken zur Marokkofrage zu Fall. Als Nachfolger für den Verstorbenen Paul Singer <sup>wurde</sup> der Zentrist Hugo Haase Parteivorsitzender neben August Bebel.

Sept. 1911: Das Internationale Sozialistische Büro beschließt die Position der Linken auf dem Parteitag (Protest gegen jeglichen Kolonialismus).

#### 1912 Parteitag Chemnitz

176 Bei den Reichstagswahlen 1912 erreichten die Sozialdemokraten 4,25 Millionen Stimmen von 12,2 Millionen In Berlin erreichten sie 75% aller Stimmen. Die Fraktion wurde von Revisionisten und Opportunisten beherrscht, Noske u. a. stimmten in der Budgetkommission 1912 für eine Regierungsforderung von 650.000 Mark zur Unterstützung imperialistischer Interessen in China, weil diese Mittel angeblich dem Schutze deutscher Staatsbürger dienen sollte.

178 1912 streikten im Ruhrgebiet 250.000 Bergarbeiter, nach dem Einsatz von Militär und Justiz (Tote und Terrorurteile) würgten Gewerkschaftsführer den Streik ab, er endete mit einer Niederlage.

Die Linke formulierte theoretisch genauere Arbeiten über die Zusammenhänge im Kapitalismus:

|      |             |   |
|------|-------------|---|
| 1910 | Hilferding  | Das Finanzkapital                                 |
| 1912 | Marchlewski | Imperialismus oder Sozialismus                    |
| 1912 | Luxemburg   | Die Akkumulation des Kapitals                     |
| 1912 | Radek       | Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse |

- 181 Der Parteitag im Sept. 1912 in Chemnitz beschloß ein neues Statut (für die alte Struktur; Parteiausschuß-Einrichtung) , daß die Macht von Revisionisten und Zentristen stärkte. Die Frage des Imperialismus wurde diskutiert.
- Liebknecht/ Pannekoek forderten die Einhaltung der Stuttgarter Resolution der II. Internationalen, Bernstein/ Quessel waren offen antimerkantilistisch (?), Haase sah die Möglichkeit einer "Friedlichen Expansion" und Kautzky entwickelte die Theorie des Ultraimperialismus, die eine von den Monopolen organisierte friedliche Weltentwicklung ohne Krisen und Kriege prophezeite.
- Die beiden Balkankriege 1912 und 1913 gefährdeten den Weltfrieden. Der Parteivorstand reagierte sofort, es kam zu vielen Massendemonstrationen.
- Im Nov. 1912 wurde in Basel ein außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongreß abgehalten, der die Resolution der Stuttgarter Tagung (1907) bestätigte.
- 185 1912 gab es auf der Welt 14 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, davon 2,5 Millionen in Deutschland. Die SP hatte 1914 1.085.905 Mitglieder.
- Der Parteivorstand ließ den Revisionisten David im Parlament positiv zur deutschen Außenpolitik Stellung nehmen.
- 187 1913 war der Monopolisierungsprozeß weiter vorangeschritten. 6 Konzerne kontrollierten 45% der Stahlwerksproduktion, die beiden Arbeiterverbände schlossen sich zusammen.
- Deutschland und die USA hatten ihren Anteil an der Weltindustrieproduktion verbessert, der von GB und Fr. sank ab (Verstärkung der ungleichmäßigen Entwicklung). Die Kriegspropaganda in Deutschland wurde verstärkt, eine Heeresvorlage sah die Vergrößerung des Landes um 136.000 Mann in 2 Jahren durch Besitzsteuern vor.
- 190 Am 1. März 1913 wird das Manifest von den SP en in Deutschland und in Frankreich gegen den Krieg unterzeichnet.
- 194 Am 30.6.1913 stimmte die sozialdemokratische Fraktion

dem einmaligen Wehrbeitrag im Reichstag zu.

Der Parteitag 1913 in Jena billigte die Haltung der Fraktion. Es wurde eine verschwommene Massenstreikresolution angenommen, ein Entwurf der Linken mit 333 zu 142 Stimmen aber abgelehnt.

Da die Linken in der sozialdemokratischen Presse kaum noch zu Wort kamen, gründeten Luxemburg/ Marchlewski/ Mehring die "Sozialdemokratische Korrespondenz" ( Auflage 150 Exemplare an Redaktionen und 14 an Personen).

Am 13.8.1913 starb A. Bebel.

197 Im Sommer 1913 kam es zu Verftarbeiterstreiks, die von der Gewerkschaftsführung als "wilde Streiks" abgelehnt wurden.

Im Juni 1914 liefen 2 Prozeße gegen Rosa Luxemburg, die gegen die Kriegsaktivitäten agiert hatte. Das Urteil des ersten Gerichts (1 Jahr Gefängnis) wurde aufgeschoben, der 2 Prozeß vertagt.

Liebknecht begann ein Werk über die Verpflechtungen zwischen Bank/ Industriekapital und Staat, konnte es aber nicht zu Ende führen.

Deutschland hatte 1914 847.000 ausgebildete Soldaten, die Gesamtstärke der Landstreitkräfte betrug 3,8 Millionen Mann.